

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüngenrön, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstüngenrön, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gepaltene Seite 30 Pfennige.

Sernsprecher Nr. 210.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Dannebohn in Eibenstock.

57. Jahrgang.

N 145.

Sonntag, den 26. Juni

1910.

Bekanntmachung.

Seit 1. September 1909 befindet sich das **Weingefetz** vom 7. April 1909 in Geltung. Unter anderem enthält dieses Gefetz folgende wesentliche Bestimmungen:

Der Wein gewerbmäßig in Verkehr bringt, ist verpflichtet, dem Abnehmer auf Verlangen vor der Uebergabe mitzuteilen, ob der Wein **gezuckert** ist, und sich beim Erwerb von Wein die zur Erteilung dieser Auskunft erforderliche Kenntnis zu verschaffen.

Es ist **verboten**, Wein nachzumachen. **Schaumwein**, der gewerbmäßig **verkauft** oder **feilgehalten** wird, muß eine **Bezeichnung** tragen, die das Land erkennbar macht, wo er auf Flaschen gefüllt worden ist. Bei Schaumwein, dessen Kohlendioxidgehalt ganz oder teilweise auf einen Zusatz fertiger Kohlensäure beruht, muß die Bezeichnung die **Herstellungsart** erkennen lassen. Dem **Schaumwein** ähnliche Getränke müssen eine Bezeichnung tragen, die erkennen läßt, welche dem Weine ähnliche Getränke zu ihrer Herstellung verwendet worden sind.

Trinkbranntwein, der in Flaschen oder ähnlichen Gefäßen unter der Bezeichnung **Rognat** gewerbmäßig **verkauft** oder **feilgehalten** wird, muß zu-

gleich eine Bezeichnung tragen, welche das Land **erkennbar** macht, wo er für den Verbrauch fertig gestellt worden ist.

Die **genauen Bezeichnungen** — vorgeschrieben in der Reichsbekanntmachung vom 9. Juli 1909 — sind auch in die **Preislisten** und **Weinkarten**, sowie in die sonstigen im geschäftlichen Verkehr üblichen **Angebote** mit aufzunehmen.

Der **Tranbenmoß** oder **Wein gewerbmäßig in Verkehr bringt** oder gewerbmäßig **Wein zu Getränken weiter verarbeitet**, ist **verpflichtet**, **Buch zu führen**. Diese Verpflichtung trifft insbesondere auch **Schankwirte**, **Lebensmittelhändler**, **Krämer** und sonstige **Kleinverkäufer**, die **Tranbenmoß** oder **Wein nur im fertigen Zustande beziehen und verändert wieder abgeben**.

Für Zuwiderhandlungen sind Höchststrafen von 6 Monaten Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe angedroht.

Das Weingefetz und die Reichsbekanntmachung dazu können in der Polizeiregistratur eingesehen werden; dort sind auch die Bezugsquellen für die erforderlichen Bücher zu erfahren.

Stadtrat Eibenstock, am 22. Juni 1910.

Hesse.

2.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Gesundheitszustand des Reichskanzlers. Die Behauptungen über einen ungünstigen Gesundheitszustand des Reichskanzlers sind, wie die „Inf.“ erfährt, nicht begründet, wenn auch nicht bestritten werden soll, daß der Kanzler so gut wie andere Politiker nach einer bewegten parlamentarischen Kampagne sich Erholung wünschen mag. Dazu wird sich aber ja während der Sommermonate Gelegenheit bieten. Ein körperliches Uebel, das dem Reichskanzler Gedanken an den Rücktritt nahelegen könnte, besteht überhaupt nicht.

Dernburgs Dank. Entgegen verschiedenen an die Kieler Reihe Dernburgs gemachten Kombinationen erfährt Hirsch's Telegraphisches Bureau, daß der bismarckische Staatssekretär einer Einladung an Bord des Dampfers „Oceana“ folgt und während seines Kieler Aufenthaltes Gelegenheit nehmen wird, dem Kaiser seinen Dank für die Verleihung der Brillanten zum Roten Adlerorden 1. Klasse auszusprechen.

Die nationalliberale Politik. Die kürzlich in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ veröffentlichte Abgabe an den Reichskanzler ist verschiedentlich in der Presse als ein Linksabmarsch der ganzen nationalliberalen Heeresführung aufgefaßt worden. Wegen dieser Auffassung setzt sich heute die „Nationalliberale Korrespondenz“ nicht ohne Schärfe zur Wehr und behauptet, „daß ein solcher Linksabmarsch weder jemals stattgefunden hat, noch für die Zukunft geplant ist.“ Die Korrespondenz zeichnet für die nationalliberale Politik der nächsten Zukunft folgende Grundlinien: „Die Partei wird genau auf der mittleren Linie, auf ihrem alten Standpunkt der Gleichberechtigung der nationalen Parteien verharren und sich nach links wie nach rechts mit derselben Entschiedenheit wehren, wie bisher. Allerdings hat sich ihr Verhältnis zur Regierung insofern verschoben, als der Herr Reichskanzler, des langen Schwankens müde, nach rechts abmarschiert und sein Regiment auf jene einseitige Konstellation aufzubauen entschlossen ist, welche eine Gleichberechtigung der nationalen Parteien nicht kennt. Daraus aber auf einen Linksabmarsch der Nationalliberalen zu schließen, bedeutet doch eine wohl nicht ganz absichtslose Verkennung der tatsächlichen Vorgänge. Inwiefern Herr von Bethmann-Hollweg mit den schwarz-blauen Koalitionen positive Politik zu treiben imstande sein wird, warten wir in Ruhe ab. Einstweilen steht das Wiedersehen bei Philipp bei.“

Eine strittige Uebersetzung. In der Presse ist man mit der Uebersetzung, die die „Nordd. Allg. Ztg.“ von der päpstlichen Note gegeben und durch ihre zweite Veröffentlichung aufrecht erhalten hat, nicht zufrieden. Das halbamtliche Blatt hatte geschrieben: „Was den Ausdruck des Bedauerns über die durch die Engländer hervorgerufene Störung des konfessionellen Friedens betrifft, so ist das in der Note des Staatssekretärs gebrauchte Wort *dispiacere* von uns zutreffend mit „Bedauern“ übersetzt worden, wie sich leicht aus einem italienisch-deutschen Wörterbuch ergeben läßt.“ Die „Nordd. Allg. Ztg.“ scheint aber nicht sehr vorsichtig in der Wahl ihres Wörterbuches gewesen zu sein. Denn die Presse weist ihr aus dem großen italienisch-deutschen Wörterbuche von Magagnoli und Bullenach, daß *dispiacere* Mißfallen, Mißvergünstigen, Verdruß, Bedauern, Trauer . . . bedeutet. In erster Reihe also Mißfallen. Die vatikanische Presse könnte

also durchaus mit einem Schein von Recht behaupten, der Papst habe lediglich sein Mißfallen über die Bewegung gegen die Engländer ausgesprochen, nicht aber der preussischen Regierung eine Art Entschuldigung geleistet. Vielleicht äußert sich die „Nordd. Allg. Ztg.“ nochmals über ihr italienisches Wörterbuch.

Der neue Eulenburgprozeß in Sicht? In Berliner juristischen Kreisen rechnet man damit, daß die unterbrochene Reineidsverhandlung gegen den Fürsten Philipp zu Eulenburg nach den Sommerferien im September in der ersten Schwurgerichtsperiode wieder aufgenommen werden wird. Der Gesundheitszustand des Fürsten hat sich derart gebessert, daß von einem Kranksein kaum mehr die Rede sein kann.

Friedberg (Hessen), 24. Juni. Bei der heutigen Reichstagsersatz-Stichwahl wurden nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis abgegeben für von Helmolt (Bund der Landwirte) 9413 und für Busold (Soz.) 11545 Stimmen. In den Städten Raueheim, Buppach, Friedberg und Bidingen sind viele weiße Zettel abgegeben worden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 24. Juni. In hiesigen diplomatischen Kreisen verlautet, daß Oesterreich und Deutschland es abgelehnt hätten, sich an der Lösung der Kretafrage zu beteiligen.

Rußland.

Ein russisch-japanisches Bündnis? Der bekannte, meist gut informierte Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Petersburg, Dillon, veröffentlicht in der nächsten Nummer der „Contemporary Review“ einen Artikel über die auswärtige Politik Russlands, in dem er meldet, daß ein neuer Vertrag zwischen Rußland und Japan zur Unterzeichnung reif sei. Dillon ist der Ansicht, daß binnen kurzem eine vollständige Annäherung und enge Allianz zwischen den beiden Mächten abgeschlossen werden wird, die dem ständigen Anwachsen der Beziehungen zwischen Amerika und China entgegenarbeiten soll.

Belgien.

Brüssel, 24. Juni. Der Besuch des belgischen Königspaares in Holland erfolgt wahrscheinlich am 15. September. Ende September erfolgt der Besuch des belgischen Königspaares am Wiener Hofe. Der Gegenbesuch des Deutschen Kaisers in Belgien dürfte am 15. Oktober stattfinden. Der Besuch des Präsidenten Fallières in Brüssel wird jedenfalls erst im nächsten Frühjahr erfolgen.

Schweiz.

Basel, 24. Juni. Die Universität Basel beging heute die Feier ihres 450jährigen Bestehens.

England.

Die englischen Flottenmanöver. Die diesjährigen Manöver der englischen Marine werden aller Voraussicht nach die größten sein, die jemals abgehalten sind. Als Kriegsschauplatz ist diesmal im Gegensatz zu den Nordseeübungen vergangener Jahre der Atlantische Ozean in Aussicht genommen. Zu den Übungen werden alle in europäischen Gewässern befindlichen aktiven Schiffsverbände hinzugezogen werden, also die Heimatflotte, die Atlantikflotte sowie die Mittelmeerflotte mit den dazugehörigen Panzerkreuzergeschwadern. Ferner nehmen die Verbände des 3. Geschwaders der Heimatflotte, sowie das 3. Kreuzerges-

chwader, die beiden in Dienst befindlichen Reserveformationen mit starker aktiver Stammbesatzung, am Manöver teil. Was aber besonders auffällt, ist, daß auch die nur mit geringen Besatzungsstämmen versehenen Linienfahrer und Kreuzer der 4. Division der Heimatflotte Mobilmachungsordere bekommen haben sollen, so daß an den Manövern aller Wahrscheinlichkeit nach sämtliche überhaupt in Europa befindlichen Schiffe, d. h. der gesamte Linienfahrerbestand, der englischen Flotte teilnehmen werden. Ueber die Manöveraufgaben ist einstweilen näheres nicht bekannt. Die Mittelmeerflotte ist bereits von Gibraltar ausgelaufen und soll sich mit der Atlantischen Flotte vereinigen. In etwa acht Tagen treffen dann beide Flotten an dem Rendezvousplatz Kap Lizard ein. Wahrscheinlich werden zunächst Übungen zur Schulung in der einheitlichen Führung großer Verbände stattfinden. Die Gesamtleitung der Übungen dürfte Admiral Man, der Kommandierende der Heimatflotte, haben.

Bulgarien.

Ein kriegerischer bulgarischer Politiker. Dem Korrespondenten des Belgrader Blattes „Politika“ in Sofia erklärte ein bulgarischer Politiker, der, wie der Korrespondent hervorhebt, im Falle eines Krieges die Hauptrolle in Bulgarien spielen werde, daß eine Regeneration der Türkei absolut unmöglich sei, weil die Türken organisch schwach und unfähig seien, sich zu reformieren und aus der Türkei einen modernen Staat zu machen. Uebrigens denke man auch in Europa über die Zukunft der Türkei sehr pessimistisch. Ein Beweis hierfür sei u. a. die Haltung Englands in der Kretafrage. Die Türken hätten die Albanesen nicht entwaffnet, sondern ihnen im Gegenteil noch mehr Gewehre gegeben, weil sie die Albanesen in einem Kriege mit Griechenland, der sehr gut kommen könne, verwenden wollten. Was die Bulgaren anbelangt, so würden sie nur die erste geeignete Gelegenheit abwarten, um mit der Türkei abzurechnen. Für alle Balkanvölker sei der Konflikt wegen Kreta dazu die beste Gelegenheit. Der bulgarische Politiker sagte weiter, die Türken seien gegenüber dem lokalen serbischen Element in der Türkei sehr unbarbar und hätten nichts getan, um das christliche Element in der Türkei zufriedenzustellen. Da wirkliche Reformen im Land nicht eingeführt werden, komplizieren sich auf dem Balkan die Verhältnisse immer mehr, so daß es leicht zu einem blutigen Kriege kommen könne. Die schlechte innere Politik der Türkei fördere die Unzufriedenheit und bilde die größte Gefahr für ernste Unruhen.

Türkei.

Besserung der Lage auf Kreta. Wie das Reutersche Bureau erfährt, könne die Lage auf Kreta als gebessert angesehen werden, da die Kreter ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben hätten, den Ratschlägen der vier Schutzmächte, die gegenwärtig über die Entsendung einer gemeinsamen Note an Kreta unterhandeln, Folge zu leisten. In der Note werde die Forderung aufrecht erhalten, die mohammedanischen Deputierten ohne Fidesleistung auf den König der Hellenen zur Nationalversammlung zuzulassen. Sodann wurden die Rechte des Sultans von neuem bestätigt. Die Mächte seien sich über den Inhalt der Note vollständig einig, die gegenwärtigen Unterhandlungen bezögen sich lediglich auf die Fassung der Note, über die Entsendung von weiteren Kriegsschiffen in die treibenden Gewässer vor Eröffnung der Nationalversammlung sei unter den vier Schutzmächten ebenfalls eine Einigung erzielt worden.